# Extrablatt

# Berlin

## Seit wann bestimmen Staatsanwälte und Richter die Politik in dieser Stadt ?

# Eine politische Lösung

# Amnestie muß her !

# ist machbar !

*Herr Nachbar*

Wir fordern die *politisch* Verantwortlichen dieser Stadt auf, ein Klima zu schaffen, in dem die Probleme, die Wohnungsnot und Hausbesetzungen aufgeworfen haben, *politisch* gelöst werden können. Wir sehen gegenwärtig die einzige Möglichkeit hierfür im Erlaß einer Amnestie für alle im Zusammenhang mit Hausbesetzungen Inhaftierten und Strafverfolgten. Die gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen belaufen sich fast durchweg auf den Vorwurf schweren Landfriedensbruchs mit den jeweiligen Begleiterscheinungen. Wir sind der Meinung, daß der „Landfriede" zuvor von privaten und öffentlichen Sanierungsgesellschaften auf der Grundlage einer verfehlten Städtebaupolitik vonseiten des früheren Senats bereits aufs Empfindlichste gestört wurde. Die Instandbesetzungen als Reaktion hierauf waren ein praktischer und friedlicher Protest in Form aktiver Bürger-Selbsthilfe. Sie verliefen durchweg friedlich und waren von einer breiten Unterstützung begleitet. Etwaige Konflikte mit Anwohnern lassen sich auch ohne Polizei und Justiz regeln, wie die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen. In einzelnen Fällen ist es sogar bereits zu Verhandlungen mit den Eigentümern gekommen. Der frühere Senat hat es versäumt, seinerseits rechtzeitig politische Lösungsvorschläge anzubieten. Der „Landfriede" wurde erneut verletzt mit einer durch nichts zu rechtfertigenden gewaltsamen Räumung eines gerade besetzten Hauses am 12. 12. 1980 - ohne daß zuvor auch nur der Versuch eines Gespräches mit Besetzern stattgefunden hätte. Die Besetzer mußten sich von weiteren Räumungen bedroht sehen. Dies war der Auslöser für die heftigen Auseinandersetzungen. Es gab Verletzte, Scherben, viele Verhaftungen und Ermittlungsverfahren gegen mehr als 200 Beteiligte. Im Folgenden entwickelten Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz eine Eigendynamik, die darauf hindeutet, daß sie nicht in der Lage oder nicht willens sind, politische Lösungen zu berücksichtigen. Willkür, zum Teil abenteuerliche Anschuldigungen und vollkommen unangemessene Urteile haben den „Landfrieden" erneut stark gefährdet. Es ist an der Zeit, daß die *gewählten* politisch Verantwortlichen dieser Stadt wieder das Gesetz des Handelns übernehmen und politische Lösungswege öffnen. Die Fehler und Versäumnisse des alten Senats sind mittlerweile von allen Beteiligten erkannt und benannt worden. Wir meinen, daß es ein schlechter politischer Stil ist, wenn nur halbherzig Konsequenzen gezogen werden im Hinblick auf eine Veränderung der Sanierungspolitik - während dies aber weiterhin auf dem Rücken einiger weniger ausgetragen wird, die mit Haft und Strafverfahren belegt sind. Diese Menschen haben sich zusammen mit vielen anderen gegen die jahrelangen Mißstände gewehrt. Wir werten ihr Handeln als einen Akt der Verzweiflung gegen die lang andauernde behördliche Unvernunft. Eine Aufteilung in „Gute" und „Böse" kann dieser Situation nicht gerecht werden. Es ist ebenso ein schlechter politischer Stil zu meinen, daß schwere soziale Schäden und die entstandene Vertrauenskrise mit einer größeren Geldzuweisung wieder repariert werden könnten. Wir begrüßen die Aussage des Bausenators Ulrich: „Die Menschen müssen wieder in den Vordergrund rücken", und meinen, daß begangene Fehler im Zusammenhang mit *allen* Beteiligten Menschen wieder gutgemacht werden müssen, damit ein sozialer Friede wiederhergestellt werden kann. Daher fordern wir von Senat und Abgeordnetenhaus einen Amnestie-Erlaß. Wir sind der festen Überzeugung, daß nach seiner Verabschiedung politischen Lösungen nichts mehr im Wege steht.

### So wird das Amnestie-Gesetz für Berlin gemacht:

**„Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen und von dem Willen beseelt (so die Präambel des Grundgesetzes), den Widerstand gegen das himmelschreiende Unrecht, das das Leerstehenlassen und das absichtliche Zerstören von Wohnraum darstellt, nicht länger zu kriminalisieren, bringt der Senat von Berlin sofort das Straffreiheitsgesetz ins Abgeordnetenhaus ein. Das Berliner Abgeordnetenhaus beschließt nach zweifacher Lesung an einem Tag das folgende Gesetz:**

**Wegen Straftaten, die in der Zeit vom 1. Januar 1979 bis zum 4. Februar 1981 durch Demonstrationen und Hausbesetzungen oder im Zusammenhang hiermit in West-Berlin begangen worden sind, wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Straffreiheit gewährt.**
**Die Straffreiheit erfaßt rechtskräftig verhängte Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, sowie zu erwartende Strafen.**
**Strafen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig verhängt sind, werden erlassen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind. Anhängige Verfahren werden eingestellt, neue nicht eingeleitet.**

**Straffreiheit wird für Freiheitsstrafen und Geldstrafen gewährt, wegen Straftaten nach § 110 (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten), § 113 (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte), § 120 (Gefangenenbefreiung), § 123 (Hausfriedensbruch), § 125 (Landfriedensbruch), § 125a (schwerer Landfriedensbruch), § 129 (kriminelle Vereinigung), § 131a, §§ 185 - 187 (Beleidigung und Verleumdung), §§ 223, 223a (Körperverletzung), § 240 (Nötigung), § 241 (Bedrohung) des Strafgesetzbuches, sowie nach den Strafbestimmungen des Versammlungsgesetzes.**

**Wird das Verfahren nach diesem Gesetz eingestellt, so sind die Kosten und notwendigen Auslagen des Beschuldigten von der Landeskasse zu ersetzen.**







# Großdemonstration

**Samstag, 7.2., 13 Uhr von Fehrbelliner Platz und Mehringdamm / Gneisenaustraße in zwei Zügen zum Rathaus Schöneberg**

# Demonstrationsaufruf:

# *Wer ist in dieser Stadt kriminell?*

**„Staßenterror in Berlin" - Springers Meinung zu dem, was in Berlin gerade vorgeht. „Nicht der Gewalt des Mobs beugen" - auch Springer. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen unsere lieben Meinungsmacher in Zeitungen wie auch Funk und Fernsehen die Instandbesetzer einerseits in die kriminelle, nein schon staatsgefährdende Ecke zu stellen, andererseits, vorsichtig zu loben. Wurden noch im Dezember Stimmen laut, die von einem überzogenen Polizeieinsatz sprachen, so wird jetzt die Polizei eindeutig gelobt. Jede Kritik ist in der Presse dem Ruf nach Recht und Ordnung gewichen.**

## *Was lehrt uns die Geschichte der letzten zwei Monate?*

Vor Weihnachten wurde zum ersten Mal ein instandbesetztes Haus von der Polizei geräumt. Die Instandbesetzer fühlten sich massiv bedroht und demonstrierten zur Verteidigung ihrer Häuser. Die Bevölkerung erlebte daraufhin einen Polizeiapparat, der mit einer von niemandem zu rechtfertigenden Härte zuschlug und willkürliche Verhaftungen vornahm. Es hätte jeden Demonstranten treffen können.
Die breite Öffentlichkeit und große Teile der Medien standen auf Seiten der Instandbesetzer und Demonstranten und verurteilten das Vorgehen von Senat und Polizei. Dadurch wurde der Senat dazu gezwungen, über „verfehlte Sanierungspolitik" zu diskutieren und „Verhandlungsbereitschaft" zu zeig Diese Vorgänge waren letztlich der Auslöser für den Sturz des Stobbe-Senats.

## *Langjährige Haftstrafen für Demonstranten*

**18 Monate ohne Bewährung für Peter K.**
**14 Monate ohne Bewährung für Guido W.**
Das waren die ersten Urteile im Zusammenhang mit den oben geschilderten Vorgängen. Sie zeigen mit welcher Schärfe Polizei, Justiz und Senat gegen berechtigte Interessen vorzugehen bereit sind.
Reaktion: Ohnmächtige Wut, krachende Scheiben und die unbeschreibliche Hetze der Springer-Presse.
Und wieder: Der Senat sieht sich genötigt, 20 Millionen locker zu machen, „Fehler einzugestehen". Wieder folgte eine Reaktion des Senats erst nach massiven Auseinandersetzungen. Klar, es sind Fenster eingeschlagen worden. Man kann das schlecht finden, man kann das gut finden; und es wird ernsthaft darüberr diskutiert werden müssen.

## *20 Millionen - eine Lösung?*

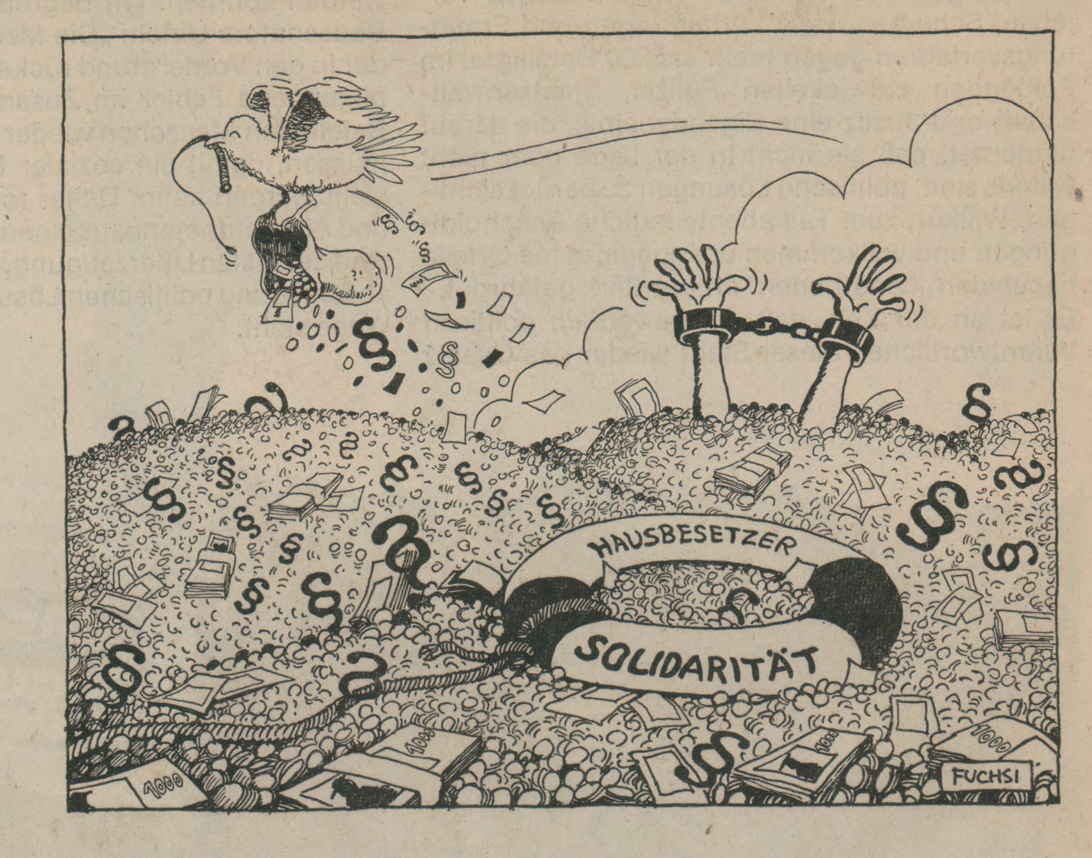
Als Reaktion auf die zerbrochenen Scheiben, das geflossene Blut vom letzten Wochenende, legte der Senat am 3.2. ein „differenziertes Konzept zur Problematik der Wohnraumbesetzungen" vor. Der Senat gibt sich zerknirscht: „Fehler" seien in den letzten Jahren in der Sanierungs- und Modernisierungspolitik gemacht worden. Diese hätten zu „ernsten Mißständen" geführt. Dazu gehört auch, daß teils aus administrativen teils aus Gründen der Bodenverwertung eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Häusern auf länere Zeit leersteht.
Welch eine Verdrehung und Beschönigung der Wirklichkeit. Der Senat bezeichnet jahrzehntelange staatliche Duldung und Finanzierung der kriminellen Praktiken von Bodenspekulanten und Sanierungshaien als „Fehler"! Er nennt den Rausschmiß von Mietern aus billigen Altbauwohnungen und ihre Umsetzung in teure Neubauten, die im Wedding z.B. 20% der betroffenen Haushalte zu Wohngeldempfängern gemacht haben, einen „Mißstand"! Das fragen wir uns doch, wie ernst diese Selbstkritik gemeint ist. Hat der Senat etwa vor, Polizei und Strafverfolgungsbehörden nun gegen die wahren Kriminellen einzusetzen? Hat er vor, seine Prügelgarde von nun an gegen die Direktoren und Aktienbesitzer der Sanierungsgesellschaften einzusetzen, die „den Rechts- und Gemeinschaftsfrieden erschüttern und nach Recht und Gesetz zu verfolgen sind"? (So der Senat über Instandbesetzer und ihre Sympathisanten.) Nein, das ist nach der letzten Äusserung des Senats nicht zu erwarten. Denn die Spekulanten schmeißen ja auch keine Pflastersteine in Scheiben von Banken, sondern höchstens Geldscheine in Richtung Senat.
Zu erwarten ist dagegen weiterhin, daß die harte Linie von Polizei und Justiz gegenüber Leuten, die aus hilfloser Wut und Empörung über staatliche Gewaltanwendung Scheeinwerfen, weiter vom Senat gedeckt wird. Mit ein paar „Tausendern" aus den für Instandsetzungen eilig zusammengekratzten 20 Millionen will der Senat gleichzeitig die „friedlichen" unter den Instandbesetzern von den sogenannten „Gewalttätern" abtrennen. Dieses „differenzierte" Konzept kann nicht aufgehen, weil es die wahren Ursachen für die Stadtzerstörung nicht angreift.

## *Wodurch wird die Stadt zerstört?*

In Berlin herrscht Wohnungsnot. 80.000 Menschen suchen eine Wohnung. Hauseigentümer von Altbauten kassieren die Miete, unterlassen die Instandhaltung und zerstören damit unseren Wohnraum. Senat und Bezirksämter wenden selbst bestehende Gesetze nicht an, mit denen sie die Eigentümer zu Instandsetzungen zwingen könnten. Stattdessen wollen SPD, FDP und CDU durch die Aufhebung der Mietpreisbindung durch die Tabellenmiete die Mieter zu höheren Mietzahlungen zwingen. Tausende guterhaltener Wohnungen stehen leer und werden mutwillig zerstört, weil ihre Besitzer darauf spekulieren, mit Senatsgeldern modernisieren zu können um Luxusmieten zu erzielen.
Die Instandbesetzer haben dieser menschenfeindlichen Profitsanierung mit ihren Ideen und ihrer Tatkraft Beispiele für eine Sanierung entgegengesetzt, die von den Wünschen und Bedürfnissen der Mieter ausgehen. Damit haben sie in breiten Teilen der Berliner Bevölkerung Sympathien errungen. „Illegale" Besetzungen werden heute von vielen als Notwehrrecht gegen Leerstand und Verfall von Wohnraum anerkannt.
Zerstört wird die Stadt auch dadurch, daß Steuergelder in Milliardenhöhe in Prestigeobjekte wie Steglitzer Kreisel oder ICC gesteckt werden, daß 800 Millionen Subventionen in das gplante Kraftwerk Reuter gebuttert werden sollen, daß Super-Hotels wie Penta und Excelsior für die High Society der Welt gebaut werden, die den Menschen hier in keiner Weise nutzen, daß der Wald in Gatow abgeholzt wurde und in Tegel abgeholzt werden soll, daß Arbeitsplätze durch Subventionen wegrationalisiert werden sollen.
Wer die Berliner Bevölkerung plündert, z.B. 136 Millionen Mark Steuergelder dem FDP-Onkel Dietrich Garski in den Hintern bläst, wer unsere Lebensbedingungen zerstört und die Wirtschaftskraft der Stadt durch kriminelle Subventionspolitik entscheidend schwächt, wer die Berliner Bevölkerung als zu melkende Kuh begreift, handelt kriminell und zerstört die Stadt. Die Politik von SPD, CDU und FDP ist der Sponsor von kriminellen Spekulanten und Zerstörern.

***Wir rufen zu einer Großdemonstration mit dem Ziel der Revision der Urteile und der Einstellung aller Verfahren auf, um den Weg für ernsthafte Verhandlungen frei zu machen. Es kann niemand erwarten, daß wir unsere Stadt zerstören und uns kriminalisieren lassen.***
***Wir wollen eine friedliche Demonstration, an der alle Berliner teilnehmen können.***
- ***Revision der Urteile gegen Guido und Peter!***
- ***Einstellung aller Verfahren!***
- ***Spekulanten und Wohnraumzerstörer müssen zur Verantwortung gezogen werden!***
- ***Grundsätzliche Änderung der Wohnungs-, Sanierungs- und Stadtpolitik!***

***ALTERNATIVE LISTE, BESETZERRAT, NETZWERK***

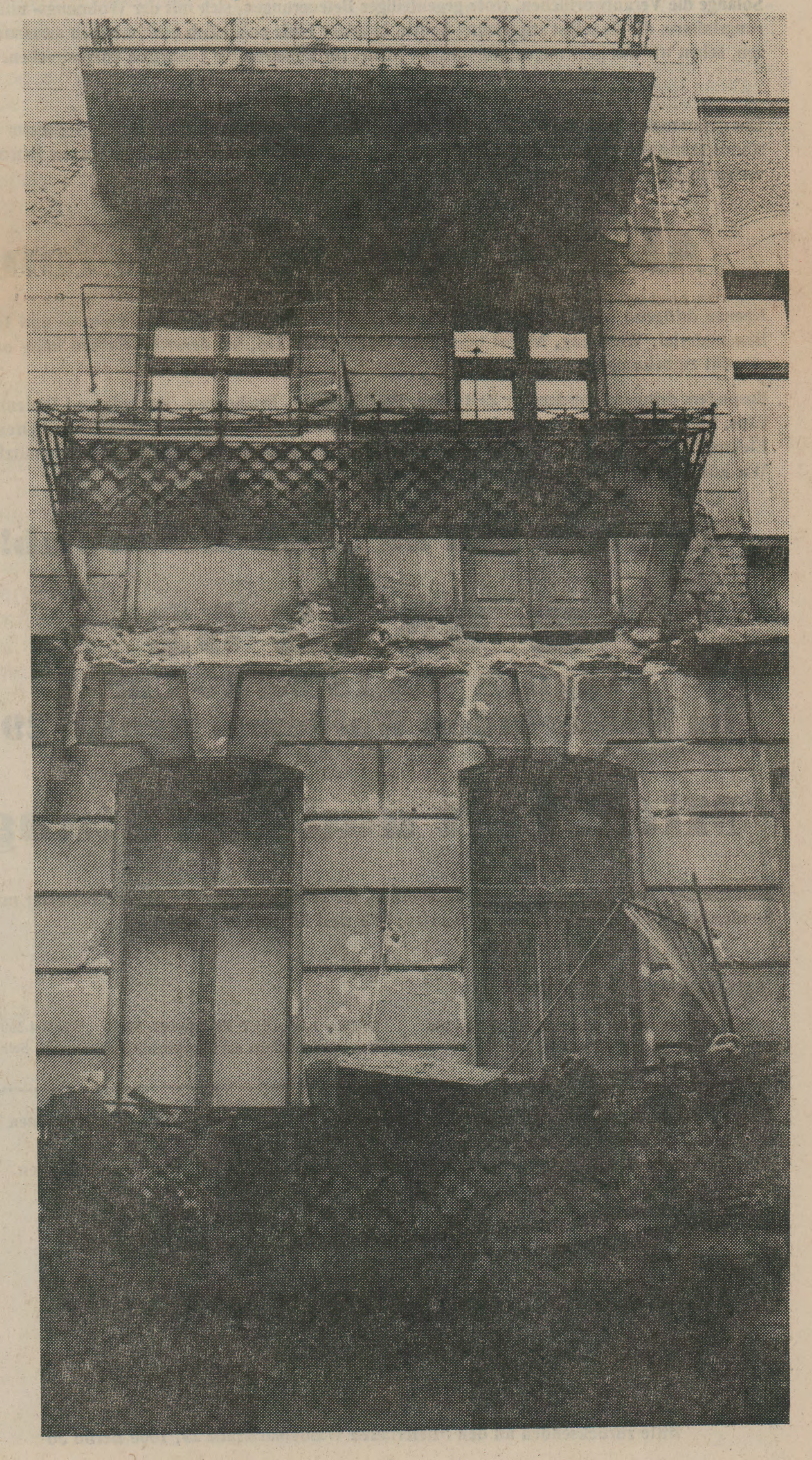



**Herausgeber:**
**Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, Netzwerk-Selbsthilfe, im Mehringhof, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61, V.i.S.d.P. Benny Härlin (über Netzwerk)**
**„Das 20-Millionen Ding" ist eine gemeinsame Stellungnahme der Bürgerinitiative SO 36, Sanierungsgruppe der BI Wedding, Mieterbeirat Schöneberg, Mieterladen Dresdner Straße, Mieterrat Waldemarstraße, Mieterrat Chamissoplatz, Mietergruppe Mariannenplatz Nord**

# Das 20- Millionen-Ding

**Die sich ausweitenden Konflikte im Zusammenhang mit Instandbesetzungen haben den neuen Berliner Senat veranlaßt, ein Sofortprogramm zur Lösung der bestehenden Sanierungsprobleme zu verkünden:**
**— Mit Hilfe von 20 Millionen DM aus dem sozialen Wohnungsbau sollen noch in diesem Jahr 2000 (von zur Zeit nach Senatsschätzungen 7000) leerstehende Wohnungen instandgesetzt und wiedervermietet werden.**
**— Leerstehende Häuser sollen durch Selbsthilfegruppen übernommen und weitgehend durch diese wieder instandgesetzt werden-**
**— Die Sanierungsträger werden unverbindlich aufgefordert, mit der Entmietung aufzuhören und leerstehende Wohnungen wieder zu vermieten, falls Umbaumaßnahmen nicht direkt bevorstehen.**
**— Der Senat stellt vorerst keine öffentlichen Mittel mehr zur Verfügung, um weitere Grundstücke durch Sanierungsträger aufkaufen zu lassen.**
**Was ist zu erwarten von diesem Sofortprogramm? Lassen sich damit die Sanierungsprobleme tatsächlich auch nur ansatzweise lösen? Wird damit die Notwendigkeit weiterer Instandbesetzungen aufgehoben?**

Um dies zu beantworten, muß nochmals kurz auf einige Hintergründe und Zusammenhänge der Berliner Sanierungspraxis eingegangen werden.
Alle Beteiligten wissen inzwischen, daß leerstehende Wohnungen nur ein Hinweis auf die in Sanierungs- und Sanierungserwartungsgebieten geübte Stadterneuerungspraxis ist.
Sie sind Ausdruck dafür, daß es für die Sanierungsträger und andere Spekulanten die profitabelste Strategie ist, Häuser zu entmieten und verkommen zu lassen, um anschließend abreißen und neu bauen bzw. durchgreifend modernisieren zu können. So profitabel ist dies insbesondere deshalb, weil das Berliner Subventionssystem genau diese Sanierungsstrategie in ganz besonderer Weise fördert bzw. dafür die höchsten Profite garantiert.
Deshalb kaufen auch gerade die Abschreibungs-GmbHs & Co.KGs und ähnliche Spekulantenfirmen direkt oder über Strohmänner immer mehr Grundstücke auf, im Vertrauen darauf, daß zum einen die bisherige Förderungspraxis aufrechterhalten wird, zum anderen die Mietpreise entweder durch Einführung des „Weißen Kreises" oder der Tabellenmiete in die Höhe getrieben werden. Folge davon ist der rapide Anstieg der Grundstückspreise, sodaß auch die schlechtest instandgehaltenen Häuser zu völlig überhöhten Preisen von den Eigentümern verkauft werden können.
Damit konzentriert sich der Gundbesitz immer mehr in den Händen von Sanierungsspekulanten, deren erstes Ziel in der Regel darin besteht, die Mieter zu vertreiben, die Häuser verrotten zu lassen.
Vor allem um diesen Wirkungszusammenhang aufzuzeigen und zu unterbrechen, sind die Instandbesetzungen von uns begonnen worden. Sie waren immer gekoppelt an die Forderungen:
— den Leerstand und das Verrottenlassen der Wohnungen und Häuser zu unterbinden durch die verschärfte Anwendung bestehender Gesetze und Verordnungen im Sinne der Mieter und orientiert an den verfassungsmäßig garantierten „Recht auf Wohnungraum" oder der "Widerrechtlichkeit des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht".
— die Vertreibung der Mieter zu verhindern durch eine echte Mitbestimmung (nicht nur Mitreden) über Instandsetzung, Modernisierungsstandart, Miethöhe, öffentliche Planung -besonders in Bezug auf den Bau von Schulen, KiTas, Schwimmbädern, Grünanlagen, Gesundheitseinrichtungen u.ä. - sowie die Anerkennung von Mieterräten als Vertreter der Mieterinteressen.
— die Anerkennung von von den Bewohnern kontrollierten Sanierungsträgern, die ohne Profitorientierung die Häuser übernehmen, bewirtschaften und mit den Mietern gemeinsam die Erneuerung planen und durchführen.
— eine eindeutige politische Absage an den „Weißen Kreis" oder die ebenfalls mietpreissteigernde Tabellenmiete.
— die Neuorientierung der Berliner Förderungspraxis auf das vorrangige Ziel, den Verbleib der Bewohner und den Erhalt preiswerten Wohnraums zu garantieren und nicht wie bisher, die privaten Profite möglichst hochzutreiben und gleichzeitig das Mietniveau rapide anzuheben.
Diese Forderungen, die wir für unabdingbar für eine bewohnerfreundliche Sanierungspolitik halten, sind jedoch nicht einmal ansatzweise in dem verkündeten angeblich neuen Sanierungskonzept erfüllt.
Zwar kann man davon ausgehen, daß sich für diejenigen Mieter, die in den Genuß der 2000 instandzusetzenden Wohnungen kommen, ihre Lage verbessert, und das kann durchaus als Teilerfolg der Instandbesetzungen angesehen werden.
Was aber passiert mit den verbleibenden mindestens 5000 leerstehenden Wohnungen? Hierzu kann nur gefordert werden, die Instandbesetzungen, ähnlich wie in Holland und in England, zu legalisieren.
Außerdem ist durch die sehr vage Formulierung, daß der Senat die Hausbesitzer auffordern will, nicht weiter zu entmieten bzw. leerstehende Wohnungen wieder zu vermieten, überhaupt nicht sichergestellt, daß dies auch befolgt wird. Wer setzt die Wiedervermietung eigentlich durch?
Wenn außerdem keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden, ist zu befürchten, daß durch Instandsetzungsprogramme die Spekulation auf Instandsetzungsförderung noch zusätzlich zu den schon vorhandenen Spekulationsanreizen hinzukommt, daß heißt, noch weniger von den Hausbesitzern selbst instandgesetzt wird.
Wer garantiert eigentlich, daß die mit Steuermitteln instandgesetzten Wohnungen nicht vorrangig als Umsetzwohnungen benutzt werden, um so die bislang praktizierte Sanierungspraxis (Abriß und Neubau oder durchgreifende Modernisierung) nur zügiger durchführen zu können?
Was nützt uns das Stoppen des Grunderwerbs durch die öffentlichen Sanierungsträger, wenn sich jetzt in verstärkter Weise die privaten Abschreibungshaie in den Sanierungs- und Sanierungserwartungsgebieten einkaufen?
Wir alle wissen, das zentrale Problem der Berliner Stadterneuerung ist die unterlassene Instandhaltung. Etwa 250.000 Wohnungen in Berlin haben erhebliche Instandsetzungsmängel, d.h. mindestens 400.000 Mieter in Berlin, ein Fünftel der Bevölkerung, sind gezwungen, in teilweise unmenschlichen Wohnverhältnissen zu leben.
Und dies ist erwiesenermaßen nicht verursacht durch die Mietpreisbindung sondern durch die Berliner Stadterneuerungspolitik. Das in der Berliner Verfassung verankerte Recht auf Wohnraum, wie auch die Widerrechtlichkeit des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht rechtfertigen daher die Instandbesetzungen, wie der Personalrat der Gerichtsreferendare als Auffassung vertritt. Ihre Berechtigung leitet sich dabei ab aus dem Notstandsgedanken, der auch in den Paragraphen 904 und 228 des Bürgerlichen Gesetzbuches verankert ist.
Bei der Geschwindigkeit mit der in Berlin bisher die Sanierung betrieben wurde, muß damit gerechnet werden, daß ein großer Teil dieser mindestens 250.000 Wohnungen auch die nächsten zehn bis zwanzig Jahre bewohnt werden muß.
Solange die Berliner Stadterneuerungspolitik nicht eine gezielte Instandsetzungspolitik betreibt, werden sich die Probleme und Konflikte nicht verringern, im Gegenteil. Solange also nicht die Ursachen der verfehlten Berliner Sanierungspolitik beseitigt sind, werden auch die Anlässe für Instandbesetzungen weiter bestehen.
Und dazu trägt dieses angeblich neue Konzept zur Lösung der Sanierungsprobleme so gut wie nichts bei.
Und schon gar nicht löst es die Frage nach der Freilassung derjenigen, die als Folge der verfehlten Berliner Stadterneuerungspolitik heute im Knast sitzen oder nach den bisherigen Erfahrungen damit rechnen müssen, für längere Zeit im Knast zu verschwinden.
Zum Abschluß noch eine Bemerkung: Was jetzt in der Vor-Wahlzeit nicht an konkreten Maßnahmen und grundsätzlichen Änderungen der Berliner Stadterneuerungspolitik durchgesetzt wird, nach der Wahl, egal wie sie ausgeht, wird es sicherlich um einiges schwerer werden.



# Wir reparieren unseren Kiez jetzt selber!

## SELBSTHILFEFONDS FÜR INSTANDSETZUNG

**Gründungsaufruf:**

**80.000 Menschen in dieser Stadt suchen eine Wohnung, 20.000 Wohnungen stehen leer. Häuser verfallen und werden von ihren Besitzern mutwillig zerstört, weil sie vom Senat dafür auch noch Subventionen bekommen. Mieter werden vertrieben, das Kleingewerbe ruiniert, der Kiez geht vor die Hunde: Die Verantwortlichen haben versagt.**

**Deshalb greifen Betroffene zur Selbsthilfe:**

**Aus Not und Protest gegen diese Wohnungspolitik wurden bisher mehr als 40 leerstehende Häuser instandbesetzt. Die Häuser werden von den Besetzern vor dem Verfall gerettet und der Spekulation entzogen. Gleichzeitig entstehen hier neue Formen des Zusammenlebens und -arbeitens.**

**Ebenso greifen Mieter zur Selbsthilfe, indem sie selbst in ihren Häusern reparieren, was die Hausbesitzer verkommen lassen.**

**Der Mut und das Engagement der Instand(be)setzer fordert mehr als unsere Sympathie und moralische Unterstützung: praktische Solidarität tut not! Denn mit leeren Händen und nur aus eigenen Mitteln sind undichte Dächer, zerbrochene Fenster und Türen, zerschlagene Öfen, verrottete oder herausgerissene Wasser- und Stromleitungen usw. nicht zu reparieren. Geld, Material und qualifizierte Unterstützung müssen hinzukommen.**

**Wir haben deshalb den „Selbsthilfefonds für Instandsetzung" gegründet und in ihn mindestens einen Tageslohn* bzw. -ertrag einbezahlt. Dieser Fonds ist als Erste Hilfe gedacht, um die allernötigsten Sofortmaßnahmen zu ermöglichen.**

**Wir haben nicht die Absicht, durch unsere Spenden dem Senat und den Wohnungsbaugesellschaften die Steuergelder zu ersetzen, die sie in Abschreibungs- und Spekulationsgeschäften verschleudern. Mit unserer direkten Unterstützung verbinden wir die Forderung, den Betroffenen selbst ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, anstatt diese gegen sie einzusetzen. Wir werden das gespendete Geld von den Verantwortlichen deshalb auch zurückfordern und gegebenenfalls für andere Selbsthilfemaßen zur Verfügung stellen.**

**Solange die Verantwortlichen, trotz gegenteiliger Beteuerungen, sich mit der Wohnungs- und Sanierungsmisere, die sie selbst angerichtet haben, in erster Linie polizeilich und juristisch auseinandersetzen, sehen wir uns gezwungen, die nötigen Mittel für konstruktive Lösungen vorzustrecken.**

Das gesammelte Geld und Material des Selbsthilfefonds wird ausschließlich für die Reparatur und Instandsetzung von Häusern durch ihre Bewohner verwendet. Es wird von Vertretern der Betroffenenvertretungen in den Sanierungsgebieten und dem Besetzerrat verwaltet.

## Aktion Materialtelefon

**Ebenso dringend wie Geld benötigen die Instand(be)setzer Renovierungs-, Elektro- und Installationsmaterial, Werkzeug, Möbel oder auch einen guten Tip, wo derartige Sachen billig oder geschenkt zu bekommen sind.**

**Besonders dringend werden zur Zeit Öfen, Plastikplanen, Dachpappe, Bauholz und Dielenbretter, Gips, Mörtel, Zement, Fenster(glas), Isoliermaterial, Farben und Tapeten, Wasser- und Ofenrohre, Elektrokabel und sanitäre Einrichtungen gebraucht. Alles was bei Bau und Renovierung nützlich ist: Wir können es gebrauchen und holen es ab.**

### ruf doch mal an ... wir holen's ab!

### ☎ 65 12 52

### Täglich von 15 bis 20 Uhr im Mieterladen Waldemarstraße 29

## Mitarbeit und Beratung

**Handwerker, Architekten und andere Fachleute, die bereit sind, für die Instand(be)setzer mal eine Sonderschicht zu fahren oder sie zu beraten: Wir sind für jede Hilfe dankbar.**

**Spendenkonten:**

**Postscheckkonto Berlin West, Nr. 40 50 34 - 104**
**Ilse Mock, Kennwort: Selbsthilfe**

**Berliner Bank (BLZ 100 200 00), Kto.Nr. 076 264 3600**
**Verein zum Schutz der Blockstruktur, Kennwort: Selbsthilfe**

**Ich unterstütze den „Selbsthilfefonds für Instandsetzung" und überweise mindestens einen Tageslohn auf eines seiner Konten.**
**Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens ○ einverstanden, ○ nicht einverstanden.**

**Name, Beruf/Funktion** **Unterschrift**

**Bitte zurücksenden an den Mieterladen Waldemarstraße 29, 1000 Berlin 36**

